



Pressemitteilung HateAid gGmbH

HateAid: Erstellung und Verbreitung von sexualisierten Deepfakes endlich bestrafen

Die Menschenrechtsorganisation HateAid fordert, konsequent gegen bildbasierte sexualisierte Gewalt vorzugehen. Das heute von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorgestellte Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ für das Jahr 2023 zeigt, wie dringend das ist: Die Anzahl der weiblichen Betroffenen von digitaler Gewalt hat sich in den letzten 5 Jahren mehr als verdoppelt. Besonders stark und schnell zugenommen hat die Zahl der Fälle von sexualisierter bildbasierter Gewalt.

Berlin, 19. November 2024

Im Jahr 2023 waren laut Lagebild 17.193 Frauen von digitaler Gewalt betroffen. Das ist ein Anstieg um 25 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der minderjährigen Betroffenen ist groß: Mehr als ein Drittel der Betroffenen (36,3 %) war unter 18 Jahre alt. Nötigung, Bedrohung und Stalking bildeten den größten Anteil der erfassten Fälle digitaler Gewalt. In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl verdoppelt. Noch rasanter haben sich jedoch die Fälle bildbasierter sexualisierter Gewalt entwickelt. Diese werden erst seit 2021 unter „Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen“ erfasst und haben sich allein in dieser Zeit ebenfalls verdoppelt.

Dazu **Anna-Lena von Hodenberg**, Geschäftsführerin von HateAid: „Diese Zahlen sind schockierend und müssen uns wachrütteln. Sie belegen, was wir bei HateAid schon lange mit großer Sorge beobachten. Eine ganze Generation junger Mädchen und Frauen ist sexualisierter Gewalt im Internet schutzlos ausgeliefert. KI verschärft diese Entwicklung. Sexualisierte Deepfakes sind leicht zu erstellen. Hier muss der Gesetzgeber dringend reagieren: Erstellung und Verbreitung gegen den Willen der abgebildeten Personen müssen endlich unter Strafe gestellt werden.“

HateAid fordert außerdem, dass es den Betreibern sogenannter „Face Swap Apps“ und KI-Bildgeneratoren untersagt werden sollte, mit der Erstellung sexualisierter Deepfakes zu werben. Zudem sollten sie Vorkehrungen treffen müssen, um den Missbrauch ihrer Angebote zu verhindern. Darüber hinaus sollten auch die App Stores in die Pflicht genommen werden, Angebote, die diese Anforderungen nicht erfüllen, nicht zu Verfügung zu stellen.

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon. HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org, Tel. 030 25208837